

# Antrag

**Initiator\*innen:** SPD-Landesvorstand Sachsen

**Titel:** Von Riesa geht ein Signal aus!

## Antragstext

1 **Der Landesvorstand der SPD Sachsen möge beschließen und an den Landesparteitag**  
2 **der SPD Sachsen als Initiativantrag weiterleiten:**

3  
4 Die sächsische SPD unterstützt den „[Riesaer Appell](#)“ der  
5 Nahrungsmittelgewerkschaft NGG: Denn von Riesa geht ein Signal aus. In Sachsen  
6 und ganz Ostdeutschland entsteht eine neue gesellschaftliche Bewegung der  
7 Beschäftigten, die selbstbewusst ihre Rechte einfordert und zusammen mit den  
8 Gewerkschaften für höhere Löhne oder ihren Standort kämpfen. Beschäftigte,  
9 die sich nicht mehr damit zufrieden geben, dass sie 30 Jahre nach der Deutschen  
10 Einheit immer noch länger arbeiten, aber weniger verdienen.

11 Diese Arbeitskämpfe sind nicht nur für die einzelnen Arbeiterinnen und  
12 Arbeiter und ganze Belegschaften wichtig. Sie stärken auch den  
13 gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie in Sachsen. Denn der  
14 Ärger, für die eigene harte Arbeitsleistung keine angemessene Vergütung und  
15 später Rente zu erhalten, hat zur Wut auf *die Politik* in Sachsen beigetragen.  
16 Sie speiste sich auch aus dem Eindruck, dass die Politik scheinbar die  
17 Alltagsprobleme nicht zu sehen schien, dass etwa der Lohn nicht zum Leben  
18 reicht.

19 Das Engagement der Beschäftigten ist ein demokratisches Recht. Betriebliche  
20 Interessenvertretungen ermöglichen es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, ihre  
21 Rechte und Interessen selbst zu organisieren. Diese Rechte basieren auf dem im  
22 Grundgesetz festgelegten Sozialstaatsprinzip der Bundesrepublik Deutschland.  
23 Auch in Sachsen leben viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie  
24 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Sozialpartnerschaft.

25 Gerade diese Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen  
26 ist derzeit besonders wichtig: Denn Im Schatten von Corona werden ganze  
27 Wirtschafts- und Industriezweige durch Klimawandel, Digitalisierung und  
28 Automatisierung neu geordnet. Es geht daher darum, den Industrie- und  
29 Wirtschaftsstandort Sachsen zu stärken, um dadurch Arbeitsplätze zu sichern.  
30 Sachsens Industrie- und Dienstleistungswirtschaft kann bei Zukunftsthemen an die  
31 Spitze westdeutscher Bundesländer anschließen und Vorreiter werden!

32 Doch einige sächsische Unternehmer scheinen immer noch im ostdeutschen  
33 Turbokapitalismus der 1990er Jahre zu leben. Sie verunglimpfen Mitwirkung und  
34 Mitbestimmung als Eingriffe in die unternehmerische Freiheit und bremsen auf  
35 unterschiedliche Arten Mitbestimmung aus. Gleichzeitig behandelt manches  
36 Unternehmen mit Sitz in Westdeutschland Ost-Betriebe immer noch als  
37 Reservekanister oder Billiglohnstandort wo man doch bitte länger arbeiten und  
38 weniger verdienen soll, und den man im Zweifel zuerst schließen kann.

39 Die Beschäftigten in Sachsen stellen sich diesem Denken entschieden entgegen:  
40 Immer lauter und mit immer mehr Nachdruck. Das zollt uns Respekt ab, denn es  
41 wird vielfach unterschätzt, was Massenarbeitslosigkeit und die damit  
42 einhergehende einseitige Macht der Unternehmen in den letzten 30 Jahren mit den  
43 Arbeiterinnen und Arbeitern in Sachsen gemacht hat: Man hat damals vielen den  
44 Zahn gezogen. Das Motto: „Sozial ist, was Arbeit schafft“ führte und führt  
45 dazu, dass die Ostdeutschen beim Einkommen oft als Kolleginnen und Kollegen  
46 zweiter Klasse da stehen. In vielen Branchen bezahlen sie den Verzicht auf  
47 Mitbestimmung bis heute mit geringen Löhnen, schlechteren Arbeitsbedingungen  
48 und infolgedessen leider auch mit Altersarmut. Diese Zeit müssen wir endlich  
49 hinter uns lassen und dafür gemeinsam streiten.

50 Denn fest steht: Die Beschäftigten müssen heute weniger Angst um den  
51 Arbeitsplatz haben, wenn sie Forderungen an die Firmen und Chefs stellen.  
52 Arbeitsplatzverlust ist in Zeiten des Fachkräftemangels oft eine leere Drohung.  
53 Die Sächsinen und Sachsen sollten und können mutig sein, sich gegen  
54 ungerechte Löhne und fehlende Mitbestimmung zur Wehr zu setzen.

55 Der Riesaer Appell ist genau deshalb ein wichtiges Signal der ostdeutschen  
56 Beschäftigten, welchen wir ausdrücklich unterstützen. Denn wir stehen an der  
57 Seite der Beschäftigten in ganz Sachsen und streiten mit ihnen für mehr  
58 Mitbestimmung und gute Löhne. **Insbesondere wichtig ist uns dabei – in**  
59 **Anknüpfung an die Forderungen aus dem Appell – für unsere politische Arbeit:**

- 60 • **Die SPD Sachsen steht an der Seite der Beschäftigten:** Wir unterstützen  
61 Initiativen von allen Beschäftigten, die sich auf den Weg machen, um  
62 Niedriglöhne, fehlende Mitbestimmung und deutliche Lohnunterschiede zu

63 überwinden. Das von der SPD im Bund durchgesetzte „Betriebsräte-  
64 Modernisierungs-Gesetz“ war hier ein wichtiger Schritt: Dieses schützt  
65 nun Kolleginnen und Kollegen, die einen Betriebsrat gründen wollen.

- 66 • **Arbeit muss vor Altersarmut schützen:** Wir brauchen Löhne, von denen die  
67 Menschen heute und im Alter nicht in Armut leben müssen. Denn wer den  
68 ganzen Tag arbeitet, muss ohne zusätzliche Unterstützung leben können  
69 und vor Altersarmut geschützt sein. Das ist eine Frage des Respekts.  
70 Armutsfeste Löhne sind das Gebot der Stunde. Daher fordern wir, den  
71 Mindestlohn auf 12 Euro zu erhöhen.
  
- 72 • **Weg mit den Lohnunterschieden:** Über 30 Jahre nach der Deutschen Einheit  
73 müssen Lohnunterschiede von mehreren Hundert Euro im Monat bei  
74 gleichwertiger Arbeit der Vergangenheit angehören. Heute sind gute Löhne  
75 und Arbeitsbedingungen nicht nur eine Frage des Respekts, sondern sie  
76 sichern auch die Versorgung mit Fachkräften. Nur mit guten Löhnen findet  
77 man gute Leute. Die Zeit der Zurückstellung von Arbeitnehmerinteressen  
78 muss vorbei sein – im Interesse der Beschäftigten, und im Interesse des  
79 Wirtschaftsstandorts.
  
- 80 • **Gutes Geld für Gute Arbeit:** Zentral für die weitere Angleichung bei den  
81 Löhnen und der Arbeitszeit ist die Stärkung der Tarifbindung  
82 Sächsischer Unternehmen. Hier braucht es mehr als Anerkennung für die  
83 Arbeit von Gewerkschaften sowie von Betriebs- und Personalrät:innen. Um  
84 die Tarifbindung weiter zu stärken, setzen wir uns dafür ein,  
85 tarifgebundene Unternehmen steuerlich besser zu stellen als nicht-  
86 tarifgebundene Unternehmen. Es muss darüber hinaus einfacher werden,  
87 Tarifverträge für ganze Branchen verbindlich zu machen.

88 **Die Politik muss ihren Beitrag leisten:** Wir müssen zum einen durch politische  
89 Maßnahmen Tarifverträge stärken. Und zum anderen gesetzliche Bestimmungen,  
90 die Tarifflucht begünstigen und prekäre Beschäftigung fördern, ändern.  
91 Deshalb belohnen wir in unserer sächsischen Wirtschaftsförderpolitik  
92 Tarifbezahlung und werden das sächsische Vergabegesetz arbeitnehmerfreundlich  
93 umgestalten. Zugleich werden wir die Bundesebene bei der Einführung eines  
94 Bundestariftreuegesetzes unterstützen. Die sächsische Sozialdemokratie wird  
95 weiterhin ihren politischen Beitrag dazu leisten und energisch für Gute Arbeit  
96 in Sachsen streiten.